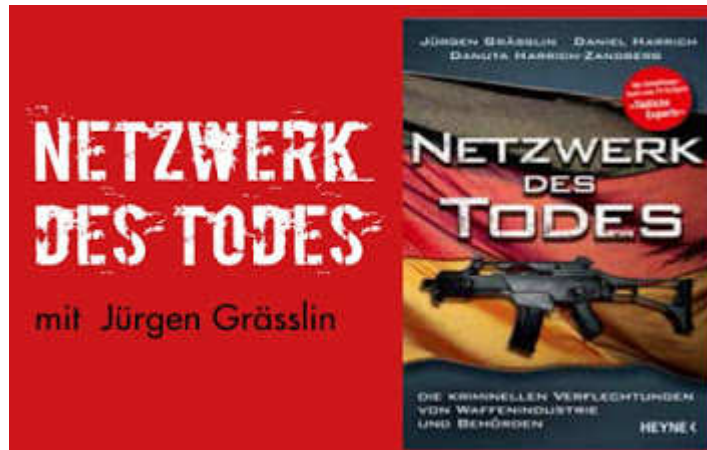


ROMEROTAGE 2016

Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 25.8.2005 zum Antrag von H&K.. die Lieferung von 2020 G36 nach Mexiko zu genehmigen: „Alle Vorhaben werden befürwortet... Zwar kommt es in Mexiko immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei (willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen, Aussageerpressungen. Dem steht jedoch entgegen, dass sich die mexikanische Regierung intensiv um eine Verbesserung der Menschenrechtslage bemüht... Der Auftrag würde zudem zum Erhalt von hochwertigen Arbeitsplätzen und einer wichtigen wehrtechnischen Fähigkeit in Deutschland beitragen“.

Romero-



Veranstaltung

Mittwoch, d. 30. März 2016, 19:00 Uhr

Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden am Beispiel von Mexiko und Kolumbien.

Ev. Hochschule im Rauhen Haus, Horner Weg 170, U2,4
Vortrag und Diskussion. Romerobeitrag 3 €

Jürgen Grässlin,

Mitautor des gleichnamigen Buches (2016) und Verfasser des „Schwarzbuch Waffenhandel“ (2013), ist „Deutschlands bekanntester Rüstungsgegner“ (DIE ZEIT) und Experte für den legalen und illegalen Waffenhandel. In dieser Romero-Veranstaltung stellt er die Ergebnisse seiner langjährigen Recherchen zur Diskussion: das tatsächliche Ausmaß der deutschen Rüstungsexporte, ihre fürchterlichen Folgen und die Verwicklungen der eigentlich für die Kontrolle zuständigen Behörden in das blutige Geschäft.

Dabei ist der Waffenexport von Heckler&Koch nach Mexiko – legal, halblegal und illegal - besonders brisant, bis in die Details nachgewiesen und trotz massivem Lobbyismus auf dem Rechtswege belangbar. Wir versprechen uns von den Strafanzeigen und den Dokumentationen, auch des Fernsehens, eine Handhabe, diese Form deutscher „Entwicklungshilfe“, insbesondere den Handel mit dem Massenvernichtungsmittel Kleinwaffen, zu reduzieren oder zu stoppen. Sie müssen durch öffentlichen Druck wirksam gemacht werden.

Veranstalter: Initiative Mexiko, Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte, Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg. Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg